

10 PUNKTE-PROGRAMM FÜR UMSETZBAREN UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Meran macht´s möglich

Natur- und Umweltschutz betrifft ausnahmslos jeden Menschen und jeder ist gefragt einen Beitrag zu leisten. Insbesondere als gerechte, vernünftige und unabhängige politische Kraft in Meran haben wir uns – neben anderen wichtigen Themenfeldern – dieser Herausforderung verschrieben.

Wir kennen auch unsere Grenzen, die einem Stadtparlament und einer Gemeindeverwaltung gesetzt sind. Er bringt nichts, wenn lediglich Absichtserklärungen gemacht werden oder auf Proteste keine Taten folgen. Die Spielräume einer Gemeinde sind klein, aber dennoch haben sie Potential und Meran kann sie möglich machen.

Als Freiheitliche wollen wir keine Utopien versprechen, sondern mit konkreten Vorschlägen, die mit politischem Willen umsetzbar sind, in Sachen Natur- und Umweltschutz Nägel mit Köpfen machen.

1. Meran, eine Stadt der Artenvielfalt

Für die Bürger unserer Stadt nimmt der Natur- und Umweltschutz einen wichtigen Stellenwert ein. Das Bedürfnis ist groß, die Stadt nicht nur als Lebensraum für den Menschen zu definieren, sondern auch für eine lebendige Natur.

Unser Vorschlag ist eine Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgern von Meran zur Schaffung einer Stadt der Artenvielfalt. Bürger, die sich entscheiden eine Insektenweide im privaten Garten oder auf dem Balkon anzulegen, sollten ein offenes Ohr finden und von der Stadtgärtnerei entsprechenden Saatgut zur Verfügung gestellt bekommen. Darüber hinaus sollen Informationen zur Bepflanzung von Gärten, dem Setzen von Bäumen

(die über die Stadtgärtnerei bezogen werden könnten) sowie den verschiedenen Formen des urbanen Gartenbaus (Urban Gardening) zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahmen, die mit überschaubaren Kosten für die öffentliche Verwaltung verbunden wären, könnten in unserer Stadt eine größere Artenvielfalt für Tiere und Pflanzen garantieren.

2. Flüssiger Verkehr sorgt für weniger Abgase

Meran wird seit vielen Jahren von Staus geplagt. Der sogenannte „Stop-and-go-Verkehr“ erzeugt bekanntlich mehr Abgase und führt zu einer zusätzlichen Umweltbelastung.

Als ersten Schritt sehen wir die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung in der Luis-Zuegg-Straße auf Höhe des Supermarkts „Eurospin“ in Untermais vor, wo es tagtäglich zu Staus und immer wieder zu Unfällen kommt. Als weitere Schritte muss in Zusammenarbeit mit dem Land die MeBo-Ausfahrt verbessert sowie die Problematik mit den Bodenwellen, die auf eine ehemalige Müllhalde zurückgehen, behoben werden.

3. GIS senken, Natur- und Kulturräume bewahren

Die Verfügbarkeit von neuem Baugrund ist in Meran, wie in den meisten anderen Südtiroler Gemeinden, beschränkt und oftmals müssen hierfür wertvolle Natur- und Kulturräume weichen.

Unser Ansatz sieht eine steuerliche Erleichterung für Wohnungen vor, die in unentgeltlicher Nutzungsleihe an Verwandte überlassen werden. Derzeit liegt der Steuersatz für die besagten Wohnungen in Meran derzeit 0,70 Prozent. Dieser Steuersatz fällt für Wohnungen an, die Verwandten jeglichen Grades in gerader Linie oder bis zum zweiten Grad in der Seitenlinie zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden, sofern diese dort ihren meldeamtlichen Wohnsitz und ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Betroffen sind davon vor allem Mehrgenerationenhäuser, wo Eltern ihren Kindern eine Wohnung

unentgeltlich zur Verfügung stellen. Unterschiedliche Gemeinden, wie die Gemeinde Ahrntal oder Terlan, haben mit 0,35 bzw. 0,56 Prozent einen deutlich niedrigeren Steuersatz und nähern sich bei dieser Kategorie von Wohnungen am Steuersatz der Hauptwohnungen an, der bei 0,40 Prozent liegt. Dies ist nachvollziehbar, zumal damit die Familien steuerlich entlastet werden und neue Baugründe geschont werden können. Wir schlagen deshalb vor, den Steuersatz in Meran auf 0,35 Prozent zu reduzieren.

4. Reduzierung der „Kurtaxe“ für Touristen, die mit Öffis anreisen

Seit dem 1. Januar 2014 wird auch in allen Gemeinden Südtirols eine sogenannte Kur- bzw. Ortstaxe eingehoben.

Als Stadt Meran, die auf nachhaltigen Tourismus setzt, sollten wir unserer Rolle bewusstwerden und Druck auf den Gesetzgeber ausüben, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, die „Kurtaxe“ für Touristen, die nachgewiesenermaßen mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen, reduziert wird. Dies mag zwar nur ein kleiner Schritt sein, aber er kann eine große Signalwirkung und Aufmerksamkeit erzeugen.

5. Jugendliche als Akteure im Umwelt- und Naturschutz

Nachdem die Politik vermehrt Rückmeldungen von Jugendlichen bekommt, dass sie eine aktive Rolle im Natur- und Umweltschutz übernehmen, Eigeninitiative ergreifen und Verantwortung tragen wollen, ist es von Bedeutung, dass hierfür ein Rahmen geschaffen wird.

Mit Aktionstagen und anderen Programmen, bei denen die Schulen und andere Körperschaften miteingebunden werden, soll den Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet werden, zu Akteuren im Umwelt- und Naturschutz zu werden. Das Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, das Anlegen von Habitaten oder das gemeinsame Einsammeln von Müll zusammen mit den Bediensteten der Stadt könnte umgesetzt werden. Der Erfahrungsaustausch

mit dem Fachpersonal der unterschiedlichen Institutionen und Körperschaften sowie das Einfließen neuer Ideen seitens der jungen Menschen macht den Umweltschutz zu einer generationenübergreifenden Aufgabe, die nicht heute oder Morgen abgeschlossen sein wird, sondern ein stetes Ansinnen ist.

6. Versiegelungen vermindern

Die starken Regenfälle der letzten Jahre haben unsere Stadt auch immer mehr in Mitleidenschaft gezogen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir einen sehr hohen Versiegelungsprozentsatz in unserer Stadt haben. Mit wenig Aufwand ließe sich vieles verbessern. Die Gemeinde könnte viele gemeindeeigenen Flächen wieder zurückführen auf Beläge, die wasserdurchlässig wären. Gleichzeitig könnte sie Privatpersonen mit Beratung zur Entsiegelung zur Seite stehen und bei der Abwicklung der bürokratischen Dinge stark behilflich sein und eventuelle Kosten übernehmen.

Gleichzeitig muss das gesamte Kanalisationssystem Merans überarbeitet werden und die Einleitung von Oberflächenwasser in die Waalsysteme der Stadt muss kontrolliert werden.

7. Lösungsansätze zur Grundwasserproblematik in Sinich

Auf der orographisch rechten Seite der Staatstraße zwischen der Mangioni Brücke und dem Sinichbach waren in den 30er Jahren noch alles Möser. Dann wurde dieser Teil urbar gemacht – sprich entwässert indem man alles „Lose“ gemacht hat, die zwischen 12 und 24 m breit waren und inzwischen war jeweils ein Entwässerungswaal angelegt worden. Diese angelegten Waale wurden alle in die Pumpstation geleitet, die sich dort befand (und heute noch sich dort befindet, aber nicht mehr genutzt wird) und diese pumpte das angesammelte Wasser über den Naifbach in die Etsch.

In den frühen 70er Jahren wurde die Etsch um zwei bis drei Meter vertieft, damit von der Etsch kein Wasser in die Wiesen von Sinich hineindrückt. Damit hat sich der Grundwasserspiegel um mindestens zwei Meter gesenkt. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde die Staatsstraße neu verbaut und ohne diese Vorgeschichten zu kennen, wurde aus dieser Straße ein Damm, der die Wasser der orographisch linken Seite nicht mehr in die Etsch abfließen lässt. Somit wurde die Pumpstation überflüssig und wurde außer Betrieb gesetzt. Was aber nicht bedacht wurde ist, dass das Grundwasser in der Dorfegend von Sinich keinen natürlichen Abfluss mehr hat und deshalb der Grundwasserpegel konstant gestiegen ist. In den letzten Jahren haben die Niederschläge in kurzer Zeit massiv zugenommen und vom Freiburger Felsengebiet ist die Niederschlagsmenge direkt nach Sinich gelangt, weshalb die Sinicher jetzt große Schwierigkeiten damit bekommen haben.

Bevor jetzt sündteure Projekte gemacht werden, schlagen wir vor, die Straßenführung unter die Lupe zu nehmen und eventuell mit sanften Eingriffen in die Natur natürliche Abläufe des Wassers in die Etsch vorzunehmen. Dies würde bedeuten, dass in kurzen Abständen die Straße mit Wasserläufen aus Sinich Richtung Etsch angelegt werden.

8. Erneuerung und Überarbeitung der Umweltdienste der Stadtwerke

Seit Jahren arbeiten die Stadtwerke nach einem veralteten Müllsammelverfahren. Es braucht innovative Ansätze, die auch in kurzer Zeit umsetzbar sind.

Zum ersten muss eine Trennung zwischen Privatmüllablieferung und Gewerbemüll gemacht werden. Weiters müssen Betriebe, die hochwertigen getrennten Müll anliefern, belohnt werden. Sie sollen noch mehr in die Mitarbeit einbezogen werden, damit die Trennung in gut verwertbare Stoffe erhöht wird. Die Anzahl der Sammelstellen für Plastikmüll muss stark

ausgebaut und die Trennung der verschiedenen Plastikstoffe muss der Bevölkerung besser erklärt werden.

Des Weiteren muss die Straßenreinigung in Meran muss überdacht werden, da sie in ihrer jetzigen Form zu kostenintensiv ist.

9. Hundebesitzer müssen für Mehrkosten aufkommen

Vorausgeschickt, dass die Anzahl der Hundehalter in unserer Stadt stetig zunimmt, dass die Verkotung der Gehwege in manchen Zonen der Stadt ein untragbares Ausmaß annimmt und die bisher angewandten Maßnahmen nicht gegriffen haben, ist es an der Zeit, dass endlich konkrete Schritte gesetzt werden, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Dazu sind vermehrt Kontrollen bei den Hundehaltern durchzuführen, ob sie die vorgeschriebenen Utensilien zum Entsorgen des Kots beim Ausführen des Hundes dabei haben. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen Strafen ausgestellt werden.

10. Artgerechte Tierhaltung

Es ist letzthin Mode geworden, sich in Stadtwohnungen nicht nur einen Hund, sondern mehrere Hunde und andere Tiere zu halten. Die Gemeinde muss dafür Sorge tragen und kontrollieren, ob die Hunde von ihren Besitzern auch artgerecht gehalten werden und ob der für die Unterbringung des Tieres notwendige Platz vorhanden ist.

Weiters muss geprüft werden, ob der Tierhalter das Tier auch sicher führen kann. Es kann nicht sein, dass Hundehalter Tiere ausführen, die so schwer sind, dass sie beim Aufeinandertreffen mehrerer Hunde von ihren Besitzern nicht in Zaum gehalten werden können und damit andere Tiere oder Menschen gefährden. Auch muss sichergestellt werden, dass Hunde für andere Menschen keine Gefahr darstellen. Es wäre sinnvoll von Hundehaltern eine

MERANER FREIHEITLICHE

Ausbildung in Sachen Hundeführung zu erwarten bzw. einen Hundeführerschein zu verlangen.

Es sind folglich Kontrollen durchzuführen, ob Tiere artgerecht gehalten werden sowie sich von den Haltern Eigenerklärungen ausstellen zu lassen, in denen sie bestätigen, ihr Tier auch sicher führen zu können.